



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland monatlich 1.76 RM. Einzelnummern 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die eine halbe Zeile oder deren Raum im Blatt Grundpreis 15 Pf. außerhalb 30 Pf.
Verlag und Expedition: Kroschke & Co. Wildbad, Wilhelmstraße 66. Telefon 174. - Wohnung: Wisnerstraße 62.

Nummer 2

Februar 179

Freitag, den 3. Januar 1930

Februar 179

65. Jahrgang.

Die „dunklen Punkte“ der Haager Konferenz.

Prag, 2. Januar. Halbamtlich wird mitgeteilt, die frühere Meldung, daß die Ostreparationen von den Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz ausgeschlossen sein sollen, sei nicht richtig. Die verbündeten Mächte seien im Gegenteil entschlossen, den ganzen Umfang der Reparationen zusammenhängenden Fragen, den man die „Liquidierung der Vergangenheit“ nenne, endgültig zu regeln. Als dunkle Punkte der Haager Konferenz können bezeichnet werden: 1. das deutsch-amerikanische Abkommen über die unmittelbaren Zahlungen Deutschlands an die Vereinigten Staaten mit Umgehung der Tributbank; 2. die Uneinigkeit der juristischen Sachverständigen der einladenden Staaten (England, Belgien, Frankreich, Italien, Japan, Deutschland und der eingeladenen Staaten (Tschechoslowakei, Südbawien, Rumänien, Polen, Griechenland, Portugal) in der Frage, wie viel Unterschriften genügen, um den Youngplan in Kraft treten zu lassen; 3. die Ostreparationen; 4. jene Fragen, die durch die Denkschrift des Dr. Schacht entstanden seien.

Die eingeladenen Regierungen bestehen darauf, daß der Schlußvertrag von allen interessierenden Staaten unterzeichnet und genehmigt sein müsse, damit der Youngplan und die sich aus ihm ergebenden Bestimmungen ordnungsmäßig in Kraft treten können. Sonst ergäbe sich der Zustand, daß der Youngplan nur für die einladenden Mächte gelten würde, für die eingeladenen aber der Versäßer Vertrag (Tschechoslowakei) oder der Dawesplan (Rumänien, Südbawien, Polen und Griechenland). Ungarn wolle aber die Forderungen seiner Nachbarn in der Frage der „Bodenreform“ (d. h. der Wegnahme des Grundbesitzes ungarischer Eigentümer in den Nachbarstaaten) nicht anerkennen und bestreite, daß die Beschlagnahme des ungarischen privaten Grundbesitzes durch die staatlichen Reparationspflichten begründet werden könne.

Die Sanktionen des Youngplans

Paris, 2. Jan. Die Pariser Presse schreibt einstimmig — also auf höhere Weisung — die gemeinsamen Vorbereitungen der verbündeten Mächte berechtigten zu den besten Aussichten für den Ausgang der Haager Konferenz. Sollten unerwartet Schwierigkeiten entstehen, so wäre dafür ausschließlich die deutsche Abordnung verantwortlich zu machen. (So wird in Paris vor jeder Konferenz geschrieben.) Der „Intransigent“ sagt, die zweite Haager Konferenz habe nur den Zweck, die Zustimmung Deutschlands zu den vorangehenden Abmachungen der Verbündeten zu erhalten. Es könne z. B. viele Millionen ausmachen, ob man für die deutsche Zahlungen einen Monatsanfang oder ein Monatsende zugrunde lege.

Nach der Ansicht der Juristen trete der Youngplan in Kraft, auch wenn er vom Kleinen Verband nicht bestätigt werde. Wenn dieser die Unterschriften verweigere, so werden eben die Reparationssummen für die Staaten des Kleinen Verbandes so lange von der Tributbank nicht einfließen, bis sie sich zur Unterzeichnung entschließen.

Das „Echo de Paris“ will wissen, die Sanktionen wirtschaftlicher und finanzieller Art seien als Strafmaßnahmen bereits mehr oder weniger in den Youngplan hineingearbeitet, den die Juristen der beteiligten Regierungen vor 14 Tagen in Brüssel ausgearbeitet haben. Zu dem Zweck solle ein Schiedsgericht eingesetzt werden, bei dem auch die Tributbank gegen Deutschland oder andere Staaten klagen könne. Die Bank solle daher mit dem besonderen Vorrecht der Eigenschaft einer Person internationalen Rechts ausgestattet werden, einer Stellung, die bisher nur souveräne und unabhängige Staaten genossen und die nicht einmal der Völkerbund zugesprochen erhalten habe. Das Urteil dieses Schiedsgerichts sollte ohne weiteres rechtsverbindlich sein.

Deutschland kann und wird also verurteilt werden, auch wenn es infolge einer Wirtschaftskatastrophe nicht zahlen kann.

Änderungen am Kelloggvertrag

Paris, 2. Jan. Ministerpräsident Lardieu hat bei dem amerikanischen Staatssekretär eine Änderung des Kelloggvertrags angeregt, dahingehend, daß die Unterzeichner des Vertrags verpflichtet sein sollen, einem angegriffenen oder bedrohten Staat beizustehen. Im amerikanischen Senat sind hervorragende Mitglieder wie Borah gegen die Änderung, da sie unter Umständen die Vereinigten Staaten verpflichten würde, wieder in einen europäischen Krieg einzugreifen.

Die Kriegsfurcht der Franzosen ist nachgerade krankhaft.

Tagesniegel

Die Präsidenten des Reichslandbunds Reichsminister a. D. Schiele, Hepp und Bethke haben Dr. Hugenberg brieflich mitgeteilt, daß sie das Volksbegehren Freiheitsgesetz nunmehr nach dem Volksentscheid als abgeschlossen betrachten und daher aus dem Reichsausschuss für das Volksbegehren auscheiden. — Dr. Hugenberg will bekanntlich noch eine Gerichtsentscheidung darüber herbeiführen, ob das Volksbegehren „verfassungsändernd“ sei, wie die Reichsregierung behauptet.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund in Berlin, der zum engeren Freundeskreis der Sklareks gehörte, ist bis auf weiteres vom Amt beurlaubt worden. Auf Grund gewisser Beschuldigungen wird ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet.

Im Lager Hammerstein ist unter den unterernährten Kindern der deutsch-russischen Flüchtlinge eine feuchenartige Fieberkrankheit ausgebrochen, der bereits über 40 Kinder erliegen sind, 50 sind noch krank. Auch im Lager von Prenzlau ist eine Anzahl Kinder anscheinend an Malaria erkrankt.

Neue Nachrichten

Der Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 2. Jan. Gekrönt fanden beim Reichspräsidenten die üblichen amtlichen Empfänge statt. Um 12 Uhr erschienen die fremden Gesandten, in deren Namen der französische Botschafter de Margerie die Glückwünsche überbrachte. Die Wünsche und deren Erwidrerung durch den Reichspräsidenten hielten sich im Rahmen der diplomatischen Höflichkeit.

Hierauf empfing der Reichspräsident die Reichsminister und Staatssekretäre. Reichskanzler Müller wies darauf hin, daß auch das neue Jahr reich an schweren Sorgen sein werde. Nach dem Abschluß der Haager Verhandlungen werde die dringlichste Sorge der Reichsregierung sein, in den Reichshaushalt Ordnung zu bringen und ihn auszugleichen.

In seiner Erwidrerung führte Reichspräsident v. Hindenburg u. a. aus: Wir wollen hoffen, daß der auf dem Gebiet der Außenpolitik eingeschlagene Weg den rheinischen Ländern endlich die Freiheit bringen und die Kriegsenischädigungsfrage einer Lösung entgegenführen werde, die den Lebensinteressen des deutschen Volks und dem Geist eines wahren Friedens entspricht. Weitere Aufgaben sind die richtige Verteilung der uns auferlegten Lasten, die Stärkung der Wirtschaft, insbesondere die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für das Heer der Arbeitslosen. Zur Lösung dieser Aufgaben müssen Parteigeist und Interessenpolitik hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückgestellt werden.

Es folgten dann noch die Beglückwünschungen durch Vertreter des Reichstags und Reichsrats, der Wehrmacht, der Reichsbahn und der Reichsbank.

Eine Beleidigungsfrage des früheren Reichskanzlers Bauer

Berlin, 2. Januar. Heute vormittag begann vor dem Amtsgericht Neutölln die Privatbeleidigungsfrage des früheren Reichskanzlers Bauer (Soz.) gegen den Redakteur Schader von der „Roten Fahne“. Die „Rote Fahne“ hatte im März 1929 über Bauer als „Barmats Freund und Vertrauensmann von Philipp Holzmann“ berichtet. Bauer wurde u. a. vorgeworfen, er habe unter der Flagge der Gemeinnützigkeit mit Holzmann eigene Geschäfte gemacht, die keineswegs gemeinnützig gewesen seien. Die Beleidigung will den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen der „Roten Fahne“ erbringen.

Rücktritt Primo de Riveras?

Paris, 2. Januar. Aus Hendaye wird gemeldet, der Diktator Primo de Rivera habe dem König seinen Rücktritt angeboten und den König gebeten, innerhalb dreier Tage ihm Bescheid zu geben. Unter dem Vorsitz des Königs fand gestern ein Ministerrat statt. Primo de Rivera hatte einen ausführlichen Bericht über die Lage und ein Programm ausgearbeitet, das stufenweise durchzuführen wäre. Der Ministerrat stimmte dem Programm zu. In dem Bericht sucht Primo nachzuweisen, daß seine Finanzpolitik in den letzten Jahren nicht verfehlt gewesen, daß ihr aber an den Börsen Widerstand entgegengekehrt worden sei.

Die Regierung bestreitet die Gerüchte von der Entdeckung einer neuen militärischen Verschwörung in Marokko, und zwar auf französischem Gebiet. Sie gibt aber zu, daß

in Sevilla verschiedene Offiziere verhaftet und bestraft worden sind wegen des Versuchs, Unzufriedenheit im Heer zu erregen. Primo de Rivera hat die beabsichtigte Reise nach Marokko verschoben.

Die „Diario“ schreibt, Spanien stehe vor wichtigen Entscheidungen.

Ein Erfolg Gandhis

Lahore, 2. Januar. Gegenüber dem sozialistischen Vorstehenden des allindischen Kongresses, Nehru, hatten die Schiks, der einzige kriegerische Stamm der Hindus, eine feindliche Haltung eingenommen. Gandhi ist es nun gelungen, die Schiks, die bewaffnet den Kongress in Lahore bedrohten, auf seine Seite zu ziehen. Dadurch hat sich die Lage für England aber wirklich ernst gestaltet, denn die Schiks bilden den größten Teil des britisch-indischen Heeres und auf sie konnte sich England für den Notfall stützen. Andererseits würde eine Begrenzung der Schiks der indischen Kongresspartei in der Durchführung etwaiger englandfeindlicher Maßnahmen mindestens starken Abbruch getan haben. Auf dem Kongress verteidigte der radikale Dr. Kitchlew den politischen Mord (gegen Engländer). Die britische Regierung in Indien wird voraussichtlich Kitchlew zur Verantwortung ziehen.

Uebrigens haben die indischen Mohammedaner, die im allgemeinen auch für die Unabhängigkeit Indiens sind, gegen verschiedene Beschlüsse des Kongresses in Lahore eine große Kundgebung veranstaltet. Sie glauben durch diese Beschlüsse ihre Gleichberechtigung namentlich in den Gemeindeverwaltungen beeinträchtigt sehen zu müssen. Der Kongress will die Unabhängigkeit Indiens ausrufen und eine eigene Regierung einsetzen. Die politische Lage ist zur Zeit noch völlig ungeklärt.

Schluß des allindischen Kongresses

Lahore, 2. Jan. Der allindische Kongress nahm gestern eine Entschließung an, die die Ablehnung aller Indien durch die fremde Verwaltung ausgeübten finanziellen Lasten fordert, soweit sie nicht durch einen unabhängigen Feststellungsausschuss anerkannt werden. Der nächste Kongress wird in Karatschi im Frühjahr 1931 zusammentreten.

Der Kongressausschuss hat beschlossen, am 25. Januar in ganz Indien Kundgebungen für eine Autonomie, die der völligen Unabhängigkeit gleichkommt, zu veranstalten. Der Vorsitzende des Kongresses, Nehru, ist ermächtigt worden, sämtliche den verschiedenen gelegentlichen Versammlungen angehörenden nationalen Mitglieder zur sofortigen Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern. Die Organisierung einer allgemeinen Verweigerung der staatsbürgerlichen Pflichten (Steuern) ist vorläufig noch nicht in Aussicht genommen, und zwar will man abwarten, ob irgendwelche Zwangsmahregeln von Regierungsseite vielleicht einen geeigneten Vorwand dafür schaffen.

Zu einer Spaltung kam es unmittelbar nach Schluß des Kongresses. 30 Mitglieder traten aus dem Kongressausschuss aus wegen dem Vorschlag Gandhis, daß dem Kongress-„Kabinett“ nur solche Männer angehören sollten, die mit dem Kongressprogramm voll einverstanden seien. Sodann wählte der Ausschuss die von Gandhi vorgeschlagenen. Die Ausgetretenen beschlossen, eine „Demokratische Partei“ innerhalb des Kongresses zu bilden. — Diese „Demokratische Partei“ dürfte wohl ein Kadaver sein, das die Engländer dem Kongress ins Nest gelegt haben.

Amerikanischer Antrag, die „neue Regierung in Indien“ anzuerkennen

Washington, 2. Januar. Der republikanische Senator Blaine (Wisconsin) beabsichtigt, im Kongress einen Antrag einzubringen, durch den Präsident Hoover ermächtigt werden soll, die neue Regierung in Indien anzuerkennen. Blaine begründet den Antrag folgendermaßen: „Wenn Großbritannien seine Oberherrschaft über Indien aufgibt und die Vereinigten Staaten den Philippinen Unabhängigkeit gewähren, wird die Londoner Seeabrüstungskonferenz zu einem Erfolg führen. Aber solange fremde Nationen über diese weit ausgebreiteten Gebiete regieren, wird kein vernünftiger Wunsch eine Seeabrüstung erwarten.“

Ägypten meldet sich wieder

London, 2. Januar. Nach dem großen Sieg der nationalen Wafdpartei hat deren Führer Raha's Pascha die Bildung des neuen Kabinetts übernommen. Der „Daily Herald“, das Hauptblatt der englischen Arbeiterpartei, erkennt der neuen ägyptischen Regierung durchaus das Recht zu, gewisse Änderungen des englisch-ägyptischen Vertragsentwurfs zu fordern, wesentliche Änderungen würden aber für England untragbar sein. In Ägypten ist man aber entschlossen, grundlegende Änderungen zu verlangen, da bekannt ist, daß der englischen Regierung alles daran gelegen ist, mit Ägypten ins reine zu kommen.

Kaufe gleich - zahle in Raten im Bekleidungshaus Chr. Schmid & Sohn Sport- und Modeartikel / Bei Barzahlung 5% Rabatt





